

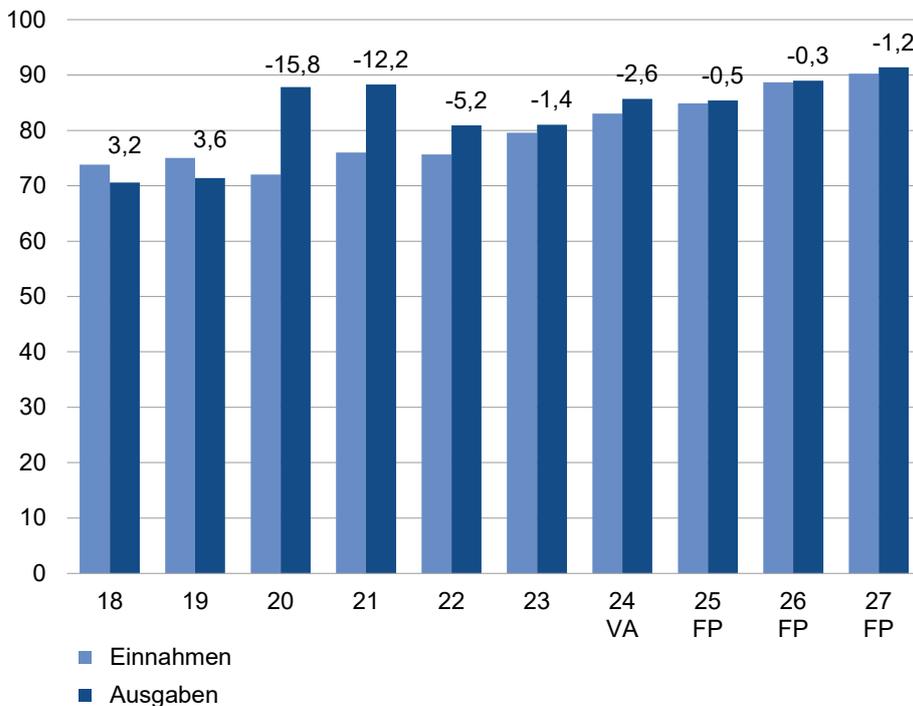


# Der Bundeshaushalt im Überblick

## RECHNUNG 2023

### Überblick

Finanzierungssaldo in Mrd. CHF



*Hinweis :*

- Ausgaben 2025/2026 ohne Rettungsschirm für den Stromsektor (4 Mrd.)
- Daten 2025 bis 2027 gemäß der letzten Standortbestimmung

Die Erfolgsrechnung 2023 weist ein positives **Jahresergebnis** von 877 Millionen aus, das etwas höher ausfällt als im Voranschlag 2023 angenommen (339 Mio.). Gegenüber 2022 ist dies jedoch eine deutliche Verbesserung, die hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, dass die laufenden Einnahmen (+5,1 %) und insbesondere die Steuereinnahmen (+7,6 %) stärker anstiegen als die laufenden Ausgaben (+0,2 %). Die **Nettoinvestitionen** waren mit 4,8 Milliarden gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig (-2,2 %).

Im Rechnungsjahr 2023 reichte die Selbstfinanzierung aus der Erfolgsrechnung (= laufende Einnahmen - laufende Ausgaben) nicht aus, um die geplanten Nettoinvestitionen (= Investitionsausgaben - Investitionseinnahmen) zu finanzieren. Anders formuliert deckten die **Einnahmen** nicht die gesamten **Ausgaben**. 2023 resultierte deshalb ein hohes Finanzierungsdefizit

(-1,4 Mrd.), das zur Hälfte auf das ordentliche Finanzierungsdefizit entfällt (-0,7 Mrd.). Letzteres war aufgrund des Voranschlags 2023 zu erwarten. In Anbetracht des Finanzierungsdefizits erhöhten sich die **Nettoschulden** im Jahr 2023 um 2,7 Milliarden auf 141,7 Milliarden, was 17,8 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) entspricht.

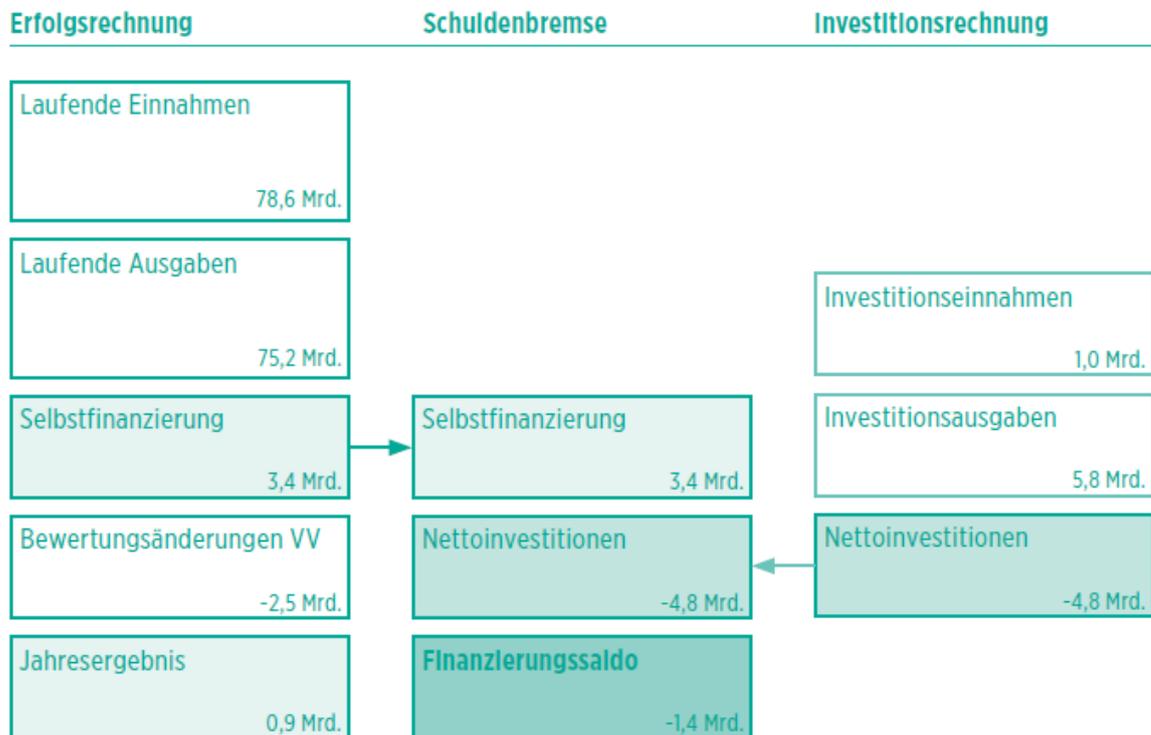
Das Schweizer BIP blieb 2023 unter seinem Potential. Im ordentlichen Haushalt hätte die **Schuldenbremse** daher ein konjunkturbedingtes Defizit von 0,3 Milliarden zugelassen. Ende 2023 wurde auf dem Ausgleichskonto das zweite Jahr in Folge ein strukturelles Defizit (-0,4 Mrd.) verbucht.

**REVISION DES BUNDESGESETZES ÜBER DEN EIDGENÖSSISCHEN FINANZHAUSHALT  
(UMSETZUNG MOTION 16.4018)**

Die Änderung des Bundesgesetzes über den eidgenössischen Finanzhaushalt (FHG; SR 611.01) zur Vereinfachung und Optimierung der Haushaltsführung ist am 1. Januar 2022 in Kraft getreten. Die Änderungen wurden im Voranschlag 2023 erstmals angewendet. Zu Vergleichszwecken werden die Werte von 2022 entsprechend angepasst dargestellt.

# Jahresergebnis und Nettoinvestitionen 2023

Herleitung des Finanzierungssaldos aus Erfolgs- und Investitionsrechnung in Mrd. CHF



## JAHRESERGEBNIS

Die Erfolgsrechnung weist für das Jahr 2023 einen Gewinn von 877 Millionen aus. Die laufenden Einnahmen (+5,1 %) wuchsen demnach stärker als die laufenden Ausgaben (+0,2 %). Entsprechend stieg der Finanzierungsbeitrag aus der Erfolgsrechnung – die Selbstfinanzierung – von -307 Millionen auf 3,4 Milliarden. Weitgehend stabil blieben dagegen die Bewertungsänderungen des Verwaltungsvermögens. Dabei handelt es sich insbesondere um Abschreibungen sowie um Buchgewinne aus den Beteiligungen.

## NETTOINVESTITIONEN

Die Nettoinvestitionen nahmen gegenüber dem Vorjahr leicht ab und beliefen sich auf 4,8 Milliarden (-110 Mio.). Dies erklärt sich auf der Einnahmenseite durch die im Rahmen der Privatisierung der RUAG International Holding AG ausgeschüttete Sonderdividende (200 Mio.). Die Investitionseinnahmen erhöhten sich infolgedessen auf 1,0 Milliarden (+120 Mio.).

Die Investitionsausgaben blieben im Vergleich zum Vorjahr stabil bei 5,8 Milliarden (+10 Mio.). Eine erhebliche Zunahme war einzig im Bereich der militärischen Verteidigung zu verzeichnen (+349 Mio.). Im Gegenzug reduzierten sich die Ausgaben für die Krankheitsbekämpfung (Covid-19-Impfstoffe; -452 Mio.). Im Voranschlag waren zudem noch Mittel für den Rettungsschirm für die Elektrizitätswirtschaft eingestellt (Kreditrahmen für die Axpo Holding AG von jährlich 4 Mrd.). Der Kreditrahmen wurde im Rechnungsjahr jedoch nicht beansprucht.

## **FINANZIERUNGSSALDO**

Die Selbstfinanzierung aus der Erfolgsrechnung (Differenz von laufenden Einnahmen und Ausgaben) reichte nicht aus, um die geplanten Nettoinvestitionen (Differenz von Investitionseinnahmen und -ausgaben) zu finanzieren. Es resultierte ein Finanzierungsdefizit von 1,4 Milliarden.

Der ordentliche Teil des Finanzierungsdefizits beläuft sich auf 0,7 Milliarden. Insgesamt stiegen die ordentlichen Einnahmen (+7,1 %) stärker an als die ordentlichen Ausgaben (+2,8 %). Dies erklärt sich zum einen durch die direkte Bundessteuer und die Verrechnungssteuer, deren Erträge im Vorjahr vor allem aufgrund von Sonderfaktoren tief ausgefallen waren, und zum anderen dadurch, dass die Covid-19-Ausgaben 2023 grösstenteils wegfielen.

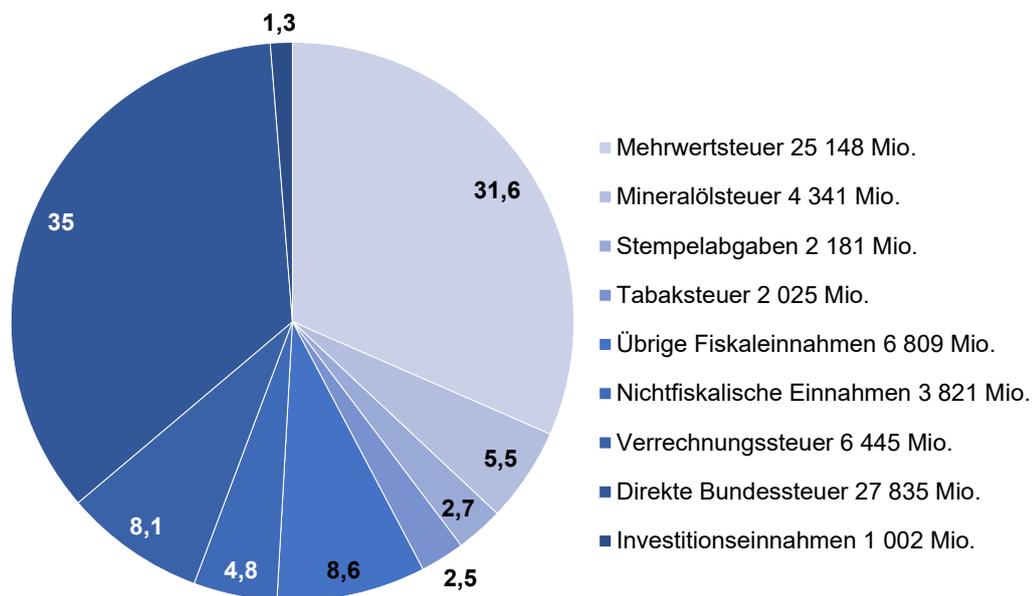
## **GESAMTINVESTITIONEN BUND**

Der Bund tätigt knapp zwei Drittel seiner Investitionen aus der Bundesrechnung. Der andere Drittel stammt aus Fonds, welche über den Bundeshaushalt gespeist werden. Für eine Gesamtsicht der Investitionstätigkeit müssen die Investitionen der Fonds mitberücksichtigt werden.

2023 beliefen sich die Gesamtinvestitionen auf 11,1 Milliarden oder rund 15 Prozent der ordentlichen Bundesausgaben. Im Voranschlag waren zudem noch Mittel für den Rettungsschirm für die Elektrizitätswirtschaft eingestellt (Kreditrahmen für die Axpo Holding AG von jährlich 4 Mrd.). Dieser Kreditrahmen wurde nicht beansprucht.

# Einnahmen 2023

Anteile in %



**Mehrwertsteuer:** 25 148 Mio.

Die Mehrwertsteuer macht 31,6 Prozent der Gesamteinnahmen aus. Damit ist sie zusammen mit der direkten Bundessteuer die wichtigste Einnahmequelle des Bundes. Besteuert wird der inländische Konsum. Dies umfasst den Bezug von inländischen Gütern und Dienstleistungen, aber auch die Importe. Die Exporte unterliegen nicht der Mehrwertsteuer.

**Direkte Bundessteuer:** 27 835 Mio.

Von den Einnahmen entfallen 35,0 Prozent auf die direkte Bundessteuer (DBST). Sie ist zusammen mit der Mehrwertsteuer die grösste Einnahme des Bundes. Die DBST wird auf den Einkommen natürlicher Personen und auf dem Reingewinn juristischer Personen erhoben. Einkommens- und Gewinnsteuer haben ungefähr dasselbe Gewicht (48 % und 52 % der DBST). Die Einnahmen 2023 stammen überwiegend aus den steuerbaren Einkommen und Gewinnen von 2022. Ab 2026 sollten aufgrund der Umsetzung der OECD-Mindestbesteuerung Einnahmen aus der Ergänzungssteuer hinzukommen.

**Verrechnungssteuer:** 6 445 Mio.

Der Anteil der Verrechnungssteuer an den Gesamteinnahmen betrug 8,1 Prozent. Die Verrechnungssteuer ist als Sicherungssteuer für die direkten Steuern konzipiert und soll sicherstellen, dass das Einkommen aus beweglichem Kapitalvermögen besteuert wird (insb. Dividenden und Zinserträge). Die Einnahmen entstehen aus der Differenz zwischen Eingängen und Rückerstattungen (inkl. Rückstellung für noch erwartete Rückerstattungen) und können von Jahr zu Jahr stark schwanken.

**Mineralölsteuer: 4 341 Mio.**

Der Anteil der unter anderem auf Erdöl und Treibstoff erhobenen Verbrauchssteuer an den Gesamteinnahmen betrug 2023 5,5 Prozent. Insgesamt sind rund drei Viertel der Einnahmen zweckgebunden für den Strassen- und Luftverkehr (60 % der Grundsteuer und der gesamte Zuschlag). Seit 2008 gehen die Einnahmen tendenziell zurück. Das liegt daran, dass zum einen die Motoren immer effizienter werden und zum anderen die Zahl der Elektrofahrzeuge zunimmt.

**Stempelabgaben: 2 181 Mio.**

Die Stempelabgaben beliefen sich auf 2,7 Prozent der Gesamteinnahmen. Die Umsatzabgabe, welche über die Hälfte der Stempelabgaben ausmacht, wird auf Käufen und Verkäufen von in- und ausländischen Wertpapieren erhoben. Der Ertrag aus der Umsatzabgabe hängt vom Volumen des steuerpflichtigen Wertpapierumsatzes inländischer Effektenhändler ab. Die Emissionsabgabe auf der Schaffung von Eigenkapital schwankt stark, da sie vom Eigenkapitalbedarf der Unternehmen abhängt. Drittes Element ist der Prämienquittungsstempel, welcher auf bestimmten Versicherungsprämien erhoben wird und eine relativ stabile Entwicklung aufweist.

**Tabaksteuer: 2 025 Mio.**

Der Anteil der Tabaksteuer an den Einnahmen beläuft sich auf 2,5 Prozent. Besteuert werden die im Inland hergestellten und die eingeführten Tabakfabrikate und Ersatzprodukte. Die Erträge werden verwendet, um den Bundesbeitrag an die AHV mitzufinanzieren. Die Einnahmen gehen seit 2012 jedes Jahr um etwa 2 Prozent zurück.

**Übrige Fiskaleinnahmen: 6 809 Mio.**

Die übrigen Fiskaleinnahmen setzen sich hauptsächlich zusammen aus den Verkehrsabgaben (z. B. Schwerverkehrsabgabe oder Nationalstrassenabgabe), den Lenkungsabgaben (z. B. CO<sub>2</sub>-Abgabe), dem Netzzuschlag und den Einfuhrzöllen. Sie machen 8,6 Prozent der Gesamteinnahmen aus. Ab 2024 werden die Einfuhrzölle auf Industrieprodukten aufgehoben und es bleiben nur noch die Zölle auf landwirtschaftlichen Produkten.

**Nichtfiskalische Einnahmen: 3 821 Mio.**

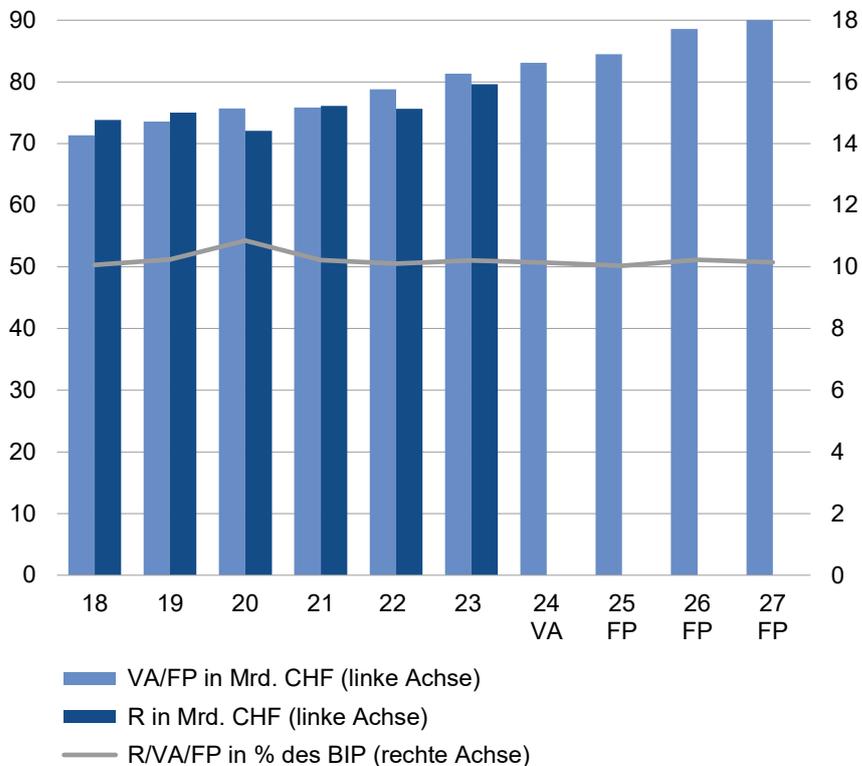
Der Anteil der nichtfiskalischen Einnahmen liegt bei 4,8 Prozent. Sie umfassen unter anderem die Einnahmen aus Regalien und Konzessionen, wie beispielsweise den Grundbetrag der Gewinnausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB). 2023 nahm die SNB keine Gewinnausschüttung vor und ab 2024 wird nur der Grundbetrag veranschlagt (667 Mio.). Zu den nichtfiskalischen Einnahmen zählen auch Entgelte (z. B. Wehrpflichtersatzabgabe), Kantonsbeiträge (z. B. Kantonsbeiträge am Bahninfrastrukturfonds), verschiedene Einnahmen (z. B. Liegenschaftseinnahmen) und Finanzeinnahmen (z. B. Zinseinnahmen).

**Investitionseinnahmen: 1 002 Mio.**

Die Investitionseinnahmen machen ungefähr 1,2 Prozent der Einnahmen aus. Im Jahr 2023 stammten sie zu mehr als drei Vierteln aus Dividendenausschüttungen der Bundesbeteiligungen (u. a. Swisscom, Post, RUAG). Weitere Investitionseinnahmen werden aus der Rückzahlung von Darlehen, aus dem Verkauf von Sachanlagen und aus der Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge erzielt.

# Entwicklung der Einnahmen 2023

in Mrd. CHF und % des BIP

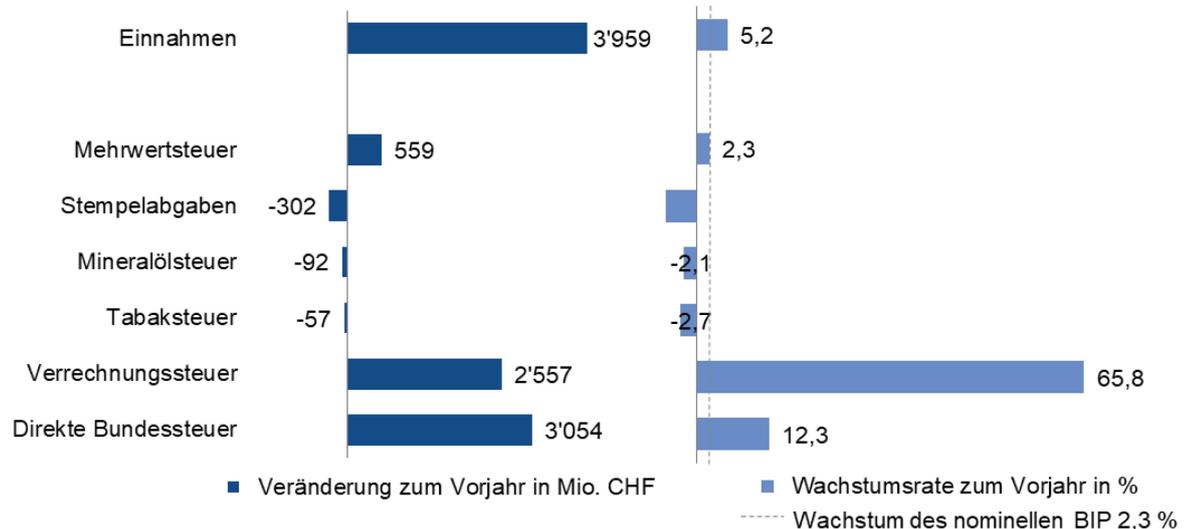


Hinweis: Daten 2025 bis 2027 gemäß der letzten Standortbestimmung

Im Jahr 2023 verzeichneten die Einnahmen ein kräftiges Wachstum (+5,2 % bzw. +4,0 Mrd.). Sie stiegen damit deutlich stärker an als das nominale BIP (+2,3 %). Die Einnahmenquote erhöhte sich dementsprechend von 9,7 auf 10,0 Prozent des BIP.

# Entwicklung ausgewählter Einnahmen 2023

in Mio. CHF und %

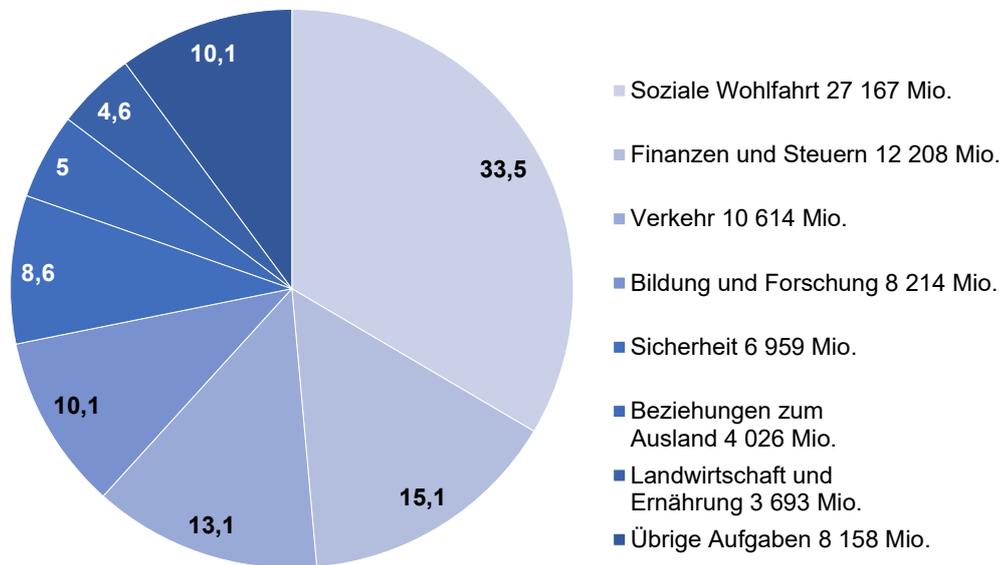


Im Jahr 2023 wurden Einnahmen in Höhe von 79,6 Milliarden verbucht, das sind 5,2 Prozent oder 4,0 Milliarden mehr als 2022. Besonders stark zu dieser Entwicklung beigetragen haben die deutlich höheren Einnahmen aus der direkten Bundessteuer (DBST; +3,1 Mrd.) und der Verrechnungssteuer (+2,6 Mrd.).

Der Ertrag aus der Steuer auf dem Reingewinn juristischer Personen (DBST) fiel 2023 markant höher aus (+2,2 Mrd.). Neben den Einnahmen aus dem Hauptsteuerjahr (2022) waren es vor allem die Einnahmen aus früheren Steuerperioden (vor 2022), die ein beträchtliches Wachstum verzeichneten. Der Ertrag aus der Steuer auf dem Einkommen natürlicher Personen (DBST) nahm um 0,8 Milliarden zu. Sowohl die Einnahmen aus dem Hauptsteuerjahr (2022) als auch jene aus früheren Steuerperioden trugen zu diesem guten Ergebnis bei. Bei der Verrechnungssteuer erklärt sich der kräftige Anstieg der Einnahmen (+2,6 Mrd.) durch Schätzanpassungen, die die Vorjahre betreffen. Gleichzeitig gab es 2023 keine Gewinnausschüttung seitens der SNB (-2 Mrd.).

# Ausgaben nach Aufgabengebieten 2023

Anteile in %



## **Soziale Wohlfahrt:** 27 167 Mio.

Das grösste Aufgabengebiet des Bundes ist die Soziale Wohlfahrt mit fast einem Drittel der Ausgaben (33,5 %). Diese Ausgaben sind rechtlich gebunden und damit mittelfristig kaum steuerbar. Die Hälfte der Ausgaben fliesst in die Altersversicherung (AHV). Dazu kommen die Bundesbeiträge an die Invalidenversicherung (IV), für die individuelle Prämienverbilligung, für die Ergänzungsleistungen an die AHV und die IV sowie die Ausgaben für die Migration. Das Ausgabenwachstum ist namentlich abhängig von der Entwicklung der Demografie, der Teuerung und der Löhne. Wegen der Alterung der Gesellschaft wachsen diese Ausgaben stark.

## **Finanzen und Steuern:** 12 208 Mio.

Der Anteil der Finanzen und Steuern an den Ausgaben beträgt 15,1 Prozent. Das Ausgabenwachstum in diesem Bereich ist nur auf lange Frist beeinflussbar. Die Anteile an den Bundeseinnahmen beispielsweise sind in der Verfassung geregelt und hängen direkt von der Höhe der Einnahmen ab. Die Zinsausgaben ergeben sich aus der Verschuldung und der Entwicklung der Zinssätze. Schliesslich sind auch die Ausgaben für den nationalen Finanzausgleich im Gesetz geregelt. Damit soll sichergestellt werden, dass jeder Kanton genügend finanzielle Mittel hat, um seine Aufgaben wahrzunehmen.

## **Verkehr:** 10 614 Mio.

Der Anteil des Verkehrs an den Ausgaben beläuft sich auf 13,1 Prozent. Die Verkehrsausgaben beinhalten die Ausgaben für den Schienenverkehr und öffentlichen Verkehr (67 %), für den Strassenverkehr (32 %) und für die Luftfahrt (1,5 %). Die Verkehrsausgaben werden vor allem über zweckgebundene Steuereinnahmen finanziert und sind deshalb zum grössten Teil gebunden. Sie fliessen vor allem in den Bahninfrastrukturfonds (BIF) sowie den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF). Über die beiden Verkehrsfonds werden Betrieb, Unterhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur finanziert.

**Bildung und Forschung: 8 214 Mio.**

Der Anteil des Aufgabengebiets Bildung und Forschung an den Ausgaben beträgt 10,1 Prozent. Etwa 85 Prozent dieser Ausgaben werden über die mit der BFI-Botschaft 2021–2024 (BBI 2020 3681) beantragten Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen gesteuert. Die Schweiz ist gegenwärtig nicht an die EU-Forschungsprogramme assoziiert, weshalb umfassende Übergangsmassnahmen vorgesehen sind. Die frühestmögliche Assoziierung an das Horizon-Paket bleibt das Ziel.

**Sicherheit: 6 959 Mio.**

Die Sicherheit macht 8,6 Prozent der Ausgaben aus. Über 80 Prozent der Ausgaben entfallen auf die militärische Landesverteidigung. Im Zahlungsrahmen 2021–2024 war für die Ausgaben der Armee für Betrieb, Rüstung und Investitionen eine Wachstumsrate von real 1,4 Prozent eingeplant. Nach Ausbruch des Krieges in der Ukraine wurde beschlossen, die Armeeausgaben bis 2035 schrittweise auf 1 Prozent des BIP zu erhöhen.

**Landwirtschaft und Ernährung: 3 693 Mio.**

Rund 4,6 Prozent der Ausgaben entfallen auf die Landwirtschaft und Ernährung. Rund drei Viertel davon werden für die Direktzahlungen verwendet (2,8 Mrd.). Das Aufgabengebiet Landwirtschaft und Ernährung wird über drei Zahlungsrahmen gesteuert: Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen, Produktion und Absatz sowie Direktzahlungen. Das Parlament hat für die Jahre 2022–2025 die Obergrenze für die Ausgaben wie folgt festgelegt: 0,6 Milliarden für Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen, 2,2 Milliarden für Produktion und Absatz und 11,2 Milliarden für Direktzahlungen.

**Beziehungen zum Ausland: 4 026 Mio.**

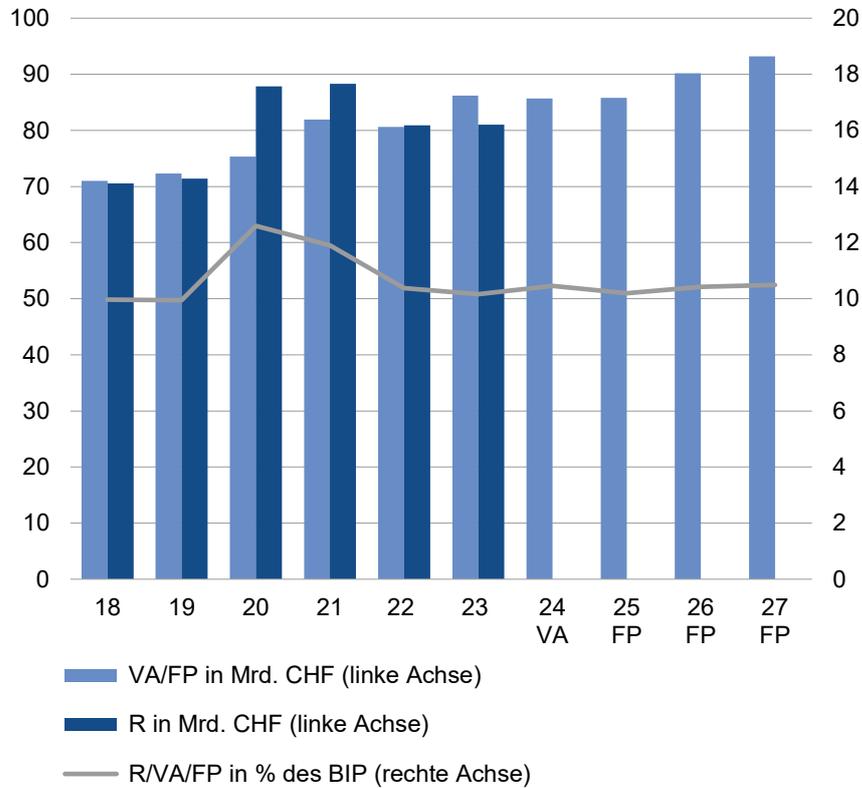
Die Ausgaben für die Beziehungen zum Ausland machen 5,0 Prozent der verbuchten Ausgaben aus. Über drei Viertel der Ausgaben werden für die Entwicklungshilfe aufgewendet. Der Rest entfällt hauptsächlich auf die politischen Beziehungen, also unter anderem auf die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz sowie auf Ausgaben zugunsten von internationalen Organisationen.

**Übrige Aufgabengebiete: 8 158 Mio.**

Die übrigen fünf Aufgabengebiete (Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen, Kultur und Freizeit, Gesundheit, Umweltschutz und Raumordnung, Wirtschaft) machen 10,1 Prozent der Ausgaben aus.

# Entwicklung der Ausgaben 2023

in Mrd. CHF und % des BIP

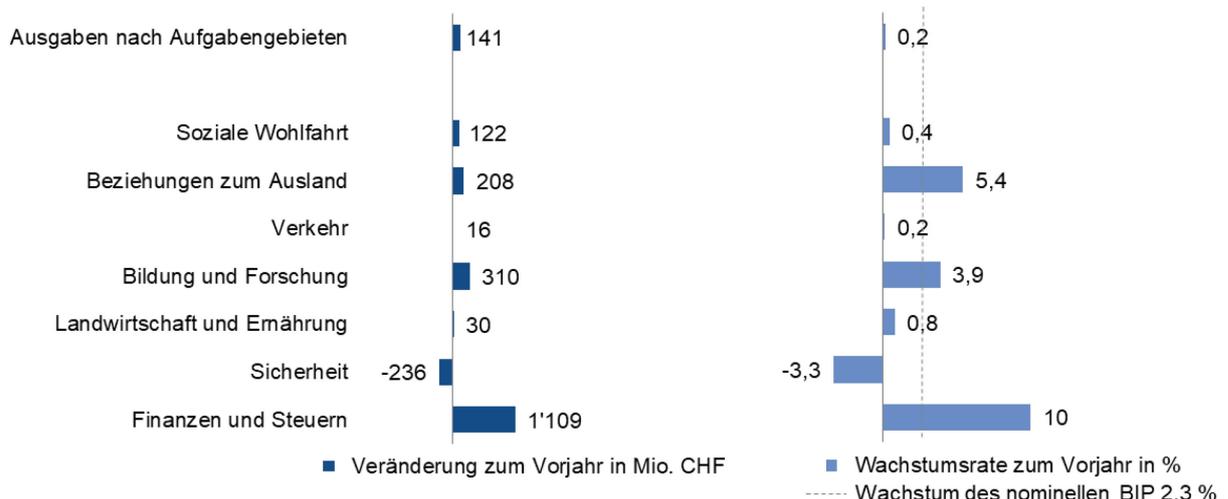


*Hinweis: Daten 2025 bis 2027 gemäß der letzten Standortbestimmung*

Die Ausgaben blieben gegenüber dem Vorjahr stabil. Da das nominale BIP nur moderat wuchs (+2,3 %), sank die Ausgabenquote des Bundes von 10,4 auf 10,2 Prozent. Die Ausgabenquote ist ein grober Indikator für das Ausmass der Tätigkeiten des Bundes im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft.

# Entwicklung ausgewählter Ausgaben nach Aufgabengebieten 2023

in Mio. CHF und %

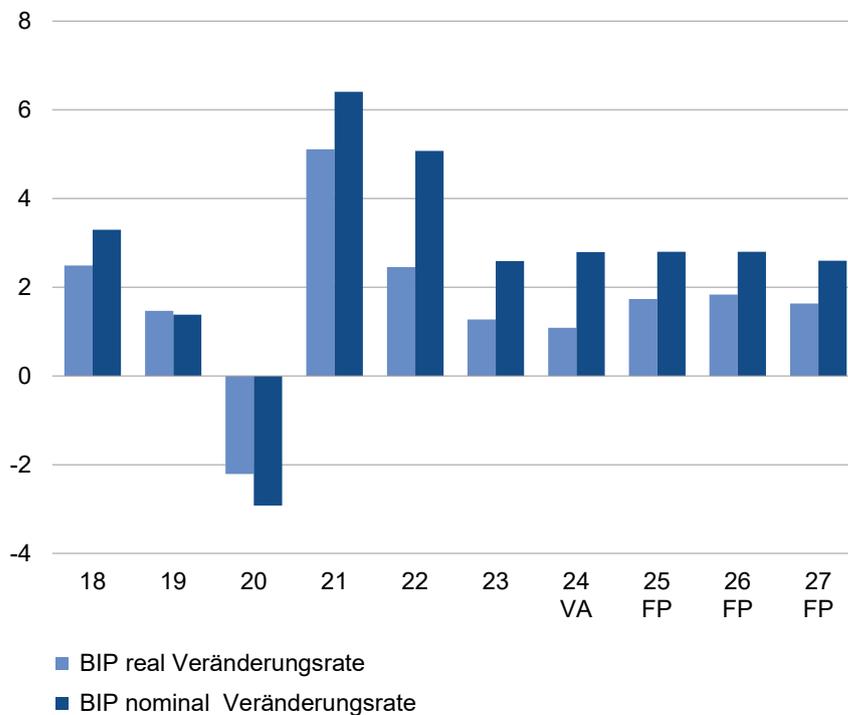


Mit 81 Milliarden lagen die Ausgaben im Jahr 2023 auf Vorjahresniveau. Während die ausserordentlichen Ausgaben zurückgingen, stiegen die ordentlichen Ausgaben um 2,8 Prozent (+2,2 Milliarden). Letztere legten damit stärker zu als das nominale BIP (+2,3 %). Die grössten Treiber für das Ausgabenwachstum waren die Bereiche Soziale Wohlfahrt, Finanzen und Steuern, Bildung und Forschung und Beziehungen zum Ausland.

2023 war das vierte Jahr in Folge, in dem der Bund ausserordentliche Ausgaben in Höhe mehrerer Milliarden tätigte, allerdings in geringerem Umfang als in den vergangenen Jahren. Im Zusammenhang mit Covid-19 gab es 2023 keine ausserordentlichen Ausgaben mehr (2022: 2,4 Mrd.), sondern nur noch einen Bedarf an ordentlichen Ausgaben von 195 Millionen. Die Ausgaben für Schutzsuchende aus der Ukraine (Globalpauschale an die Kantone) in der Höhe von 1,1 Milliarden (2022: 0,7 Mrd.) wurden erneut als ausserordentliche Ausgaben verbucht. Der Rettungsschirm für die Elektrizitätswirtschaft, für den ausserordentliche Ausgaben von 4 Milliarden veranschlagt worden waren, wurde nicht beansprucht.

# Entwicklung der Wirtschaftsleistung

Veränderungsraten BIP real und nominal (in %, kalender- und sportevent-bereinigt)



Quellen:

2018–2023: Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)

2024: Prognose Expertengruppe Konjunkturprognosen vom 13.12.2023

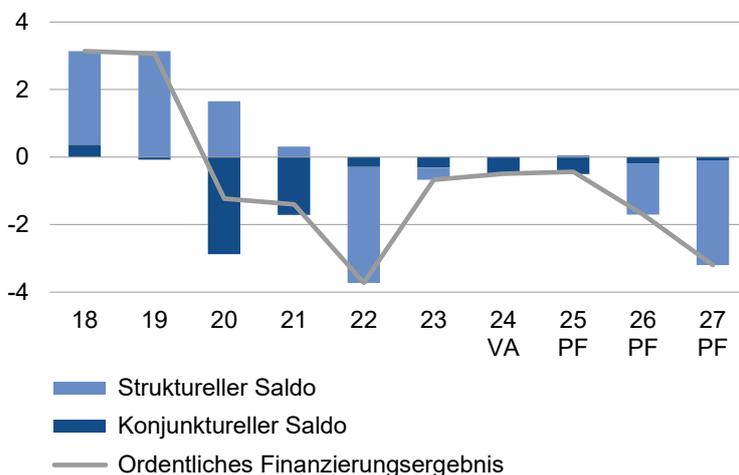
2025–2027: Prognosen gemäss finanzpolitischer Standortbestimmung 2025–2027 vom 14.2.2024

Die Schweizer Wirtschaft wuchs 2023 real um 1,3 Prozent und nominal um 2,3 Prozent und damit in beiden Fällen langsamer als im Voranschlag 2023 unterstellt. Der Landesindex für Konsumentenpreise (LIK) hingegen verzeichnete 2023 mit +2,1 Prozent einen stärkeren Anstieg als erwartet. Gestützt wurde das Schweizer Wirtschaftswachstum 2023 vor allem durch den privaten Konsum. Zudem blieb die Lage am Arbeitsmarkt ausgesprochen günstig. Diesen positiven Faktoren standen jedoch der hauptsächlich durch die hohen Finanzierungskosten und den Fachkräftemangel bedingte Rückgang der Investitionen und die trübe weltweite Konjunktur gegenüber.

Die Zentralbanken ergriffen Massnahmen gegen den Inflationsanstieg: Die SNB machte es der US-amerikanischen und der Europäischen Zentralbank gleich und hob ihren Leitzins 2023 ebenfalls an (von 1 % Ende 2022 auf 1,75 %).

# Der Bundeshaushalt aus Sicht der Schuldenbremse

in Mrd. CHF



*Hinweis: Daten 2025 bis 2027 gemäss der letzten Standortbestimmung*

Das Schweizer BIP blieb im Jahr 2023 unter seinem Potential. Im Jahr 2023 wäre deshalb ein ordentliches Finanzierungsdefizit von 0,3 Prozent der ordentlichen Einnahmen oder von 0,2 Milliarden zulässig gewesen. Effektiv resultierte 2023 ein ordentliches Finanzierungsdefizit von 0,7 Milliarden. Das zulässige Defizit wurde damit überschritten, woraus sich nach 2022 das zweite Mal seit 2005 ein strukturelles Defizit ergab, und zwar von 0,4 Milliarden.

Das strukturelle Finanzierungsdefizit (- 0,4 Mrd.) wird dem Ausgleichskonto belastet. Der Stand des Ausgleichskontos, die Statistik der Schuldenbremse für den ordentlichen Haushalt, beläuft sich damit auf 20,1 Milliarden per Ende 2023. Der positive Stand zeigt, dass die Vorgaben der Schuldenbremse in der Vergangenheit insgesamt übertroffen wurden.

Es war das vierte Jahr in Folge, in dem ein ausserordentlicher Zahlungsbedarf bewältigt werden musste. Dieser war – anders als in den von hohen Covid-19-Ausgaben geprägten Vorjahren – diesmal deutlich geringer. Nur die Ausgaben im Zusammenhang mit den Schutzsuchenden aus der Ukraine (1,1 Mrd.) waren zu hoch, um sie in den ordentlichen Haushalt aufzunehmen. Die Ausnahmebestimmung der Schuldenbremse wurde wie bereits 2022 auch im Jahr 2023 in Anspruch genommen, weil es sich bei der hohen Anzahl an Schutzsuchenden aus der Ukraine um eine aussergewöhnliche und vom Bund nicht steuerbare Entwicklung handelt. Gleichzeitig wurden ausserordentliche Einnahmen in der Höhe von 0,3 Milliarden verbucht, die grösstenteils aus Dividenden im Zusammenhang mit dem Verkauf der RUAG International AG stammen. Ausserordentliche Einnahmen und Ausgaben werden dem Amortisationskonto gutgeschrieben respektive belastet. Der Fehlbetrag des Amortisationskontos per Ende 2023 steigt damit auf 27,2 Milliarden.

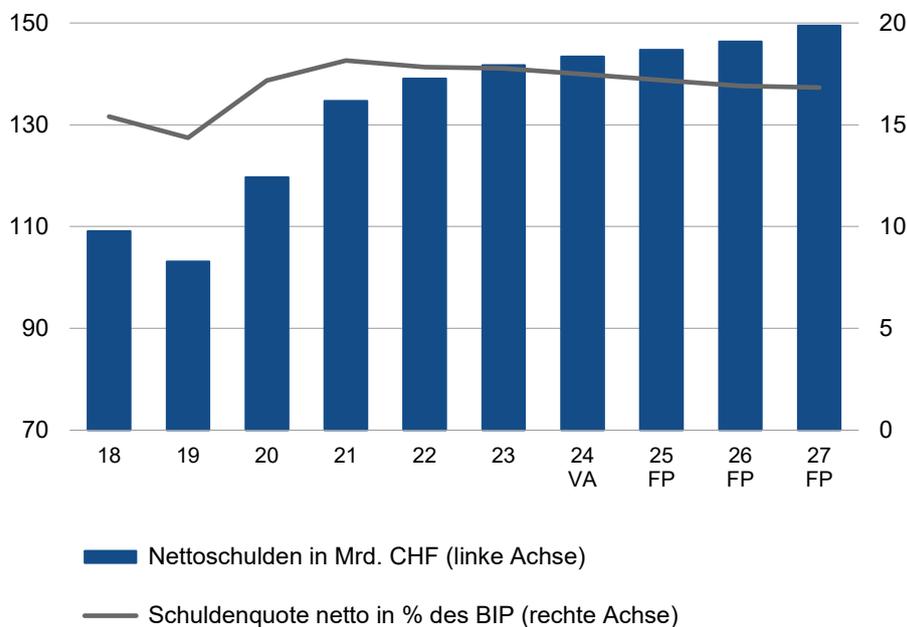
## **AUSGLEICHS- UND AMORTISATIONSKONTO**

Die Kontrollstatistiken der Schuldenbremse werden anhand der effektiven Ergebnisse im Rechnungsabschluss nachgeführt. Resultiert im ordentlichen Haushalt ein struktureller Finanzierungsüberschuss, wird dieser aktuell dem Amortisationskonto gutgeschrieben (FHG-Revision zum Abbau der coronabedingten Verschuldung; in Kraft seit 1.2.2023). Ein strukturelles Finanzierungsdefizit wird dem Ausgleichskonto belastet.

Mit dem Rechnungsabschluss 2023 werden die Saldi von Ausgleichs- und Amortisationskonto per Ende 2022 an die am 1. Januar 2022 in Kraft getretenen Änderungen des Bundesgesetzes über den eidgenössischen Finanzhaushalt (FHG) angepasst. Dabei geht es insbesondere um Rückstellungen und zeitliche Abgrenzungen, die ab 2023 unter die Schuldenbremse fallen. Die Anpassungen werden dem Parlament mit dem Bundesbeschluss zur Staatsrechnung 2023 unterbreitet.

# Entwicklung der Nettoschulden

in Mrd. CHF und % des BIP



*Hinweis: Daten 2025 bis 2027 gemäss der letzten Standortbestimmung*

In Anbetracht des Finanzierungsdefizits von 1,4 Milliarden stiegen die Nettoschulden im Rechnungsjahr 2023 auf 141,7 Milliarden (+2,7 Mrd.). Die Nettoverschuldung wird auch durch Transaktionen direkt im Eigenkapital beeinflusst (1,3 Mrd.). Diese umfassen Bewertungsänderungen bei Verpflichtungen der beruflichen Vorsorge und bei Finanzinstrumenten, welche auf Änderungen der Zinsprognosen zurückgehen.

Die Nettoschuldenquote blieb 2023 stabil bei 17,8 Prozent, da die Nettoschulden (+1,9 %) ein ähnliches Wachstum verzeichneten wie das nominale BIP (+2,3 %).

## **DEFINITION DER «NETTOSCHULDEN»**

Die Definition der Nettoschulden ist breiter gefasst als die Bruttoschulden gemäss Maastricht-Definition. Auf der Passivseite ist das gesamte Fremdkapital berücksichtigt (inkl. Rückstellungen und übriges Fremdkapital). Die Nettoschulden, bestehend aus Fremdkapital abzüglich Finanzvermögen, ermöglichen eine Herleitung der Neuverschuldung über den Finanzierungssaldo und die Transaktionen direkt im Eigenkapital.